

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 24 (1983)
Heft: 13

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zusammenhänge

CSSR und falsche Grüne

Die ökologische Katastrophe in der Tschechoslowakei geht uns im Westen und in der Schweiz auch gesellschaftspolitisch etwas an. Denn die CSSR ist ein sozialistisches Land. Sie gehört zum alternativen System, dessen Einführung hier ausgerechnet als «grünes» Postulat propagiert wird. Als ob jenes System nicht die beste Voraussetzung dafür böte, die Umwelt rascher, gründlicher und systematischer zu zerstören. Weil die sozialistische Kommandowirtschaft, wie das sozialistische Kommandosystem überhaupt, keinen Widerspruch zulässt.

In der Schweiz haben sich in den letzten Wochen zwei «grüne» Gruppierungen politisch organisiert. Die Föderation der Grünen Parteien der Schweiz (GPS) will sich ohne ideologische Vorbedingungen für die Rettung der Umwelt einsetzen. Anders die im Juni gegründete «Grüne Alternative Schweiz». Sie wird von kommunistischen oder prokommunistischen Parteien und Gruppierungen mitgetragen, und sie verbindet den Kampf gegen die Umweltzerstörung mit dem Kampf gegen die bürgerliche Gesellschaftsordnung.

Wie sich diese Verbindung aus kommunistischer Sicht ausnimmt, zeigt die folgende Äusserung eines Poch-Politikers:

«Das rote Element muss grün werden, weil die Sicherung des Überlebens Bedingung ist, damit die alten roten Ziele, wenn auch in revidierter und erweiterter Form, erreicht werden können. Das grüne Element muss rot werden, weil das Überleben nur gesichert ist, wenn der Imperialismus gebrochen wird und die kapitalistische Epoche ihr Ende findet.»

(Der Berner Grossrat Beat Schneider in der Poch-Zeitschrift «Positionen», Zürich, Nr. 44/März 1983.)

Vom Imperialismus abgesehen, der heute nur in seiner sowjetischen Form potent ist: Wie ist das mit dem Grün denn dort, wo die kapitalistische Epoche ihr Ende gefunden hat?

Das Beispiel der industrialisierten und «roten» Tschechoslowakei ist da schlüssig. Die Abschaffung des Kapitalismus hat die Umweltzerstörung nicht aufgehalten, sondern beschleunigt. Das ist die Wirklichkeit. Und wenn man schon das «grüne Element» an die Bedingung der Systemüberwindung koppeln will, dann so: Soll die Umwelt gerettet werden, muss die sozialistische Epoche ihr Ende finden. Andersherum ist es falsch. So falsch wie das Grün der «roten Grünen».

Wir haben es hier nicht nötig, das ordnungspolitische Argument im Zusammenhang mit der Umweltdebatte so exklusiv zu gebrauchen, wie es die

falschen Grünen tun. Wir behaupten nicht, dass die Umwelt mit Systemüberwindung allein zu retten sei, auch wenn wir diese richtigerweise für das sozialistische Lager postulieren, wo sie nötig ist. Industrialisierung und technische Zivilisation haben eine Bedrohung geschaffen, die universal ist; dagegen ist keine Gesellschaftsordnung gefeiert.

Andererseits lässt sich die ordnungspolitische Thematik nicht von der Ökologie ausklammern. Wenn es um den Schutz der Umwelt geht, dann spielt es durchaus eine Rolle, was für eine Gesellschaftsordnung man hat. Wir haben hier in Europa die Realität von Ordnung und Gegenordnung, und das Ergebnis liegt vor. Der Vergleich darf gezogen werden; er muss es auch. Und wenn man ihn anhand der Wirklichkeit zieht, dann sehen die gesellschaftspolitischen Schlussfolgerungen ganz anders aus als jene, die man uns hier immer vorpredigt: Es ist die Alternative zum sogenannten Kapitalismus, die in Sachen Umweltschutz am krassesten versagt. Angesichts dieser Sachlage ist es eine Frechheit, die Forderung nach dieser Alternative als «grünes» Postulat vorzustellen.

Und es ist eine Fahrlässigkeit, sich diese Frechheit so zahm gefallen zu lassen, wie man es in der politischen Auseinandersetzung weitherum tut. Man verpasst die Hauptsache, wenn man den «roten Grünen» bloss vorwirft, dass sie das Umweltproblem «übertriebenerweise» oder «unnötigerweise» ideologisierten. Weit gravierender ist es, dass sie im Zuge ihrer Ideologisierung die Sachverhalte umdrehen, dass ihr ordnungspolitisches Konzept zur Umwelterrettung auf sozialistische Freigabe der Umweltzerstörung hinausläuft, wenn es verwirklicht wird, dass sie nicht Teil der grünen Bewegung sind, sondern Gegensatz zu ihr.

Aus dem SOI

Das Inserat «Stellt euch vor, es kommt Frieden», das wir in der letzten ZB-Nummer veröffentlicht haben, ist am 20. Mai in der «NZZ», der «Basler Zeitung» und im Berner «Bund» erschienen.

Auf diese Inserate hin haben wir so starke Unterstützung erhalten, dass wir den Text in der Ostschweiz, St. Gallen, im «Bieler Tagblatt», im «Aargauer Tagblatt» und im «Anzeiger von Saanen» ebenfalls veröffentlichen können. Wir danken auch hier allen spontanen Spendern sehr herzlich. SOI

Es ist für unsere westlichen Verhältnisse bezeichnend: Wir haben in der Schweiz eine grüne «Föderation», die sich aus dem «herkömmlichen Links-rechts-Schema» heraushalten will, und wir haben die «Grüne Alternative», welche die kapitalistische Verursachung der Umweltzerstörung verkündet. Wir haben keine Gruppierung, welche die sozialistische Verursachung der Umweltzerstörung bewusst macht. Obwohl das der richtige gesellschaftspolitische Bezug wäre. (Wie gesagt: er ist nicht alles, aber wenn schon, dann schon.) So kommt man zum prägenden Eindruck, dass «gesellschaftspolitisches Engagement» im grünen Komplex nur in der einen Richtung denkbar ist: in der antikapitalistischen. Obwohl es die falsche ist.

★ ★ ★

Was wir in dieser Nummer über die Umweltsituation in der Tschechoslowakei berichten, das zeigt die Verhältnisse im realen Sozialismus auf. Das ist die vorhandene Alternative zum «Kapitalismus» (um das Feindwort für die immer noch einzige reale demokratische Gesellschaftsordnung zu brauchen), und es ist die gültige Alternative, solange es keine andere gibt. Deshalb sind die Verhältnisse «drüben» auch der gültige Massstab, wenn man uns die ordnungspolitische Alternative empfiehlt.

Aber mit der gesellschaftspolitischen Verantwortung ist es eine komische Sache. Da passiert mit dem Motiv der Umweltzerstörung genau das gleiche wie mit ungefähr sämtlichen andern negativen Erscheinungen auch: Wenn ein Übel bei uns vorkommt, dann wird es von unserer Gesellschaftsordnung verursacht. Aber wenn es zehnmal ärger dort vorkommt, wo man die postulierte Verursachung abgeschafft hat, dann wird es von jener alternativen Gesellschaftsordnung nicht etwa verursacht, o nein. Dann heisst es (als Alternative zur Tatsachenleugnung, die es ebenfalls gibt): Auch der Sozialismus hat dieses Problem nicht gelöst. «Auch» ist gut. Besonders aus dem Munde der Verursachungsspezialisten. «Erst recht nicht» wäre das Minimum an Ehrlichkeit. Und dann gibt es noch die Möglichkeit, die Verhältnisse im realen Sozialismus als irrelevant ab-



Geelhaar
für alle
Teppiche.

für sämtliche
Teppichreparaturen.

für jede
Teppichpflege.

Marktgasse 42 Tel. 22 05 66
Thunstrasse 7 Tel. 43 11 44

zutun: Wir leben hier schliesslich im Westen, und hier kranken wir an unsern eigenen Strukturen, und die sind nun einmal kapitalistisch; da braucht uns niemand mit den Zuständen im Osten zu kommen, um von unseren eigenen Problemen abzulenken.

Es ist schon recht: Wir leiden hier an unsern eigenen Gebrechen, und wir müssen sie bei uns selber heilen. Nur, liebe Freunde: Wenn ihr als Ärzte kommt und uns ein Medikament verabreichen wollt, das bisher noch jeden Patienten nur kränker gemacht hat, dann erheischt es das Interesse unserer eigenen Gesundheit, uns von euch nichts vorschreiben zu lassen, denn ihr seid falsche Ärzte.

Ich habe nichts dagegen, den Staub vor meiner eigenen Türe zu wischen. Aber ich lasse mir den Besen nicht von einem in die Hand drücken, der es mit der Familie im Hause vis-à-vis hält, wo sich der Dreck meterhoch türmt.



Zu unserer Umwelt gehört auch die sozialistische Umwelt, die reale Alternative. Und dort hat die Industrialisierung den Leuten nur weniger Annehmlichkeiten gebracht, aber nicht weniger Verseuchung. Und sie wird nicht besser bekämpft als bei uns, sondern schlechter. Die Umweltzerstörung ist überall schlimm, aber im Sozialismus ist sie *exemplarisch* schlimm.

Das ist so. Doch für alle jene, denen das Modell wichtiger ist als die Wirklichkeit: Das ist auch

folgerichtig so. Weil das sozialistische System zur Umweltbewahrung weniger taugt als das unsere.

● Der sozialistische Staat ist einer obligatorischen Ideologie unterworfen, die produktionsorientiert ist und jede gegensätzliche Orientierung grundsätzlich als feindlich bekämpft und bestraft. Der Umweltschutzgedanke ist in der herrschenden Ideologie ein Fremdkörper.

● Im Sozialismus sind für die Umwelt die gleichen Leute zuständig, welche die Wirtschaftsinteressen vertreten. So wird der Bock zum Gärtner gemacht, weil die Produktionsentwicklung Vorrang hat. (In der Marktwirtschaft kann die profitorientierte Umweltzerstörung privater Unternehmer durch politische Kräfte und Instanzen abgeblockt werden, die mit den jeweiligen Unternehmensleitungen *nicht* identisch sind.)

● Der Sozialismus entwickelt Technik und Technologie vorrangig nach dem Bedürfnis der Macht und nicht nach dem Bedarf der Bevölkerung, den die Machthaber für sie definieren. Die Umweltschutztechnologie hat analog zu Konsumgütern und sonstigem «Luxus» hintanzustehen. Sie wird zum Teil und immer mit Verspätung aus dem Westen importiert, soweit Devisen dafür vorrätig sind.

● Dem Sozialismus fehlt das Alarmsystem der freien Information. Er bekämpft Schäden in seinem Organismus dadurch, dass er ihre Bekanntmachung verhindert. Dadurch konnte die Umweltzerstörung jahrzehntlang «unerkannt» vorschreiten. Ihr Gesamtumfang ist in der CSSR sogar offiziell ein Staatsgeheimnis.

● Der Sozialismus duldet keinerlei Opposition und damit auch keine Opposition gegen seine Umweltpolitik oder seinen Mangel daran. Die Rolle der «Grünen» war in der CSSR der Charta 77 vorbehalten (auch bezüglich der Lecks in Atomkraftwerken!), deren Mitglieder man einsperrt und verfolgt. Die Charta-Dokumente über die ökologische Katastrophe waren Feindliteratur, die man den «werktätigen Massen» vorenthielt. Die Warner waren bis vor kurzem «Feinde des Sozialismus»; sie sind es auch weiterhin, wenn sie von den Verursachern reden. Und der Sozialismus bestraft seine Feinde.



Alles in allem ist es mit der Umweltzerstörung im Sozialismus wie mit vielen andern Übeln auch: sie wachsen unter dem Schutz ihrer Leugnung. Das System muss durch Lügen verteidigt werden. Einschliesslich der Lügen von falschen Grünen. Sie sind so grün wie die ausgeschwefelten Tannen im Erzgebirge. cb

Politwitze

In Warschau ist das Denkmal für Jaruzelski eingeweiht worden. Auf dem Sockel steht der General, und seine erhobene Hand hält eine Rolle Klosettpapier. Darunter ist die Inschrift: «Ich habe noch einen Haufen zu machen.»

*

Radio Eriwan auf die Frage, warum keine Witze mehr gesendet würden: Wir essen lieber weisses Brot am Schwarzen Meer als schwarzes Brot am Weissen Meer (= Polarmeer).

*

Reagan, Andropow und Thatcher reden davon, wessen Volk besser lebe. Thatcher: «Wir geben dafür jährlich 100 Mio. Pfund aus.» Reagan: «Wir zehnmal mehr.» Andropow: «Kollegen, in meinem Land klaut das Volk in einem Tag mehr, als Ihr zusammen in einem Jahr aufwendet.»

*

Der Erbe: «Was für Waffen sollen wir euch schicken?» fragt Andropow den syrischen Präsidenten Assad. «Fragen Sie besser Begin, wie er mit der letzten Lieferung zufrieden war.»

*

Exkursion in den Moskauer Zoo. Der Lehrer erzählt der Klasse, wieviel ein Elefant im Monat frisst: 300 kg Kartoffeln, 300 kg Kohl, 300 kg Rüben, 300 kg Randen, 300 kg... Petja bleibt etwas hinter der Gruppe zurück und fragt eine Wärterin, ob es wahr sei, dass ein Elefant soviel fresse. «Fressen tut er es schon», antwortet sie; «aber wer würde es ihm geben...» ■

Offener Brief

an die Generaldirektion
der Schweizerischen Radio- und Fernsehgesellschaft (SRG)

Sehr geehrte Damen und Herren,

Am 7. Juni haben Sie in der «Neuen Zürcher Zeitung» zu einem Leserbrief Stellung genommen, der die Berichterstattung von Radio und Fernsehen im Zusammenhang mit der Schliessung des Nowosti-Büros kritisiert hatte. Unter anderem warfen Sie dem Kritiker vor: «Verschwiegen wird u.a., dass – abgesehen von den prägnanten Ausführungen von Bundesrat Friedrich bei mehreren Gelegenheiten – Persönlichkeiten wie Dr. Peter Sager vom Schweizerischen Ost-Institut und der bernische Grossrat Dr. Hans-Rudolf Lutz im Radio sich ausgiebig zugunsten des bundesrätlichen Entscheides äussern konnten.» Dazu möchte ich drei Anmerkungen anbringen.

1. Es geht keineswegs an, die Ausführungen von Bundesrat Friedrich in die Waagschale zu werfen, um eine ausgewogene Berichterstat-

tung nachzuweisen. Die logische Folge davon wäre, dass den Entscheidungen des Bundesrates sonst nur noch oppositionelle Meinungen gegenübergestellt werden könnten. Das entspricht zwar der Konzeption des «anwaltschaftlichen Journalismus», der linken Programmschaffenden so teuer ist, fixiert jedoch bloss die Einseitigkeit der elektronischen Massenmedien. Entscheide der Landesregierung wären von Befürwortern und Gegnern gleichgewichtig zu diskutieren.

2. Es stimmt nicht, dass Herr Lutz und ich uns «ausgiebig» hätten äussern können. Wir sind – wie sich leicht beweisen lässt – andauernd durch die Herren Jäggi und Nationalrat Braunschweig im Wort abgeschnitten worden, ohne dass der Gesprächsleiter dagegen eingeschritten wäre. Wir zwei andern waren ein kleines Gegengewicht zum Übergewicht der Herren Jäggi und Braunschweig, keineswegs aber zu den übrigen Sendungen von Radio und Fernsehen.

3. Sie wissen wie ich um den faktisch über mich verhängten Boykott namentlich vom Fernsehen. Ich finde es ebenso betrüblich wie bezeichnend, dass dieser meiner isolierten Teilnahme an einer Radiosendung flugs eine reine Alibifunktion zugemessen wird. Eine Schwalbe kündigt noch keinen Frühling an.

Mit freundlichen Grüssen

Peter Sager